



PRESSEMITTEILUNG

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen warnt: Corona-Pandemie wird zum Existenzrisiko für Kliniken – Hohe Verluste werden nicht aufgefangen

Düsseldorf, 22.02.2021 – Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen geraten durch die Folgen der Corona-Pandemie in eine bedrohliche Existenzkrise, weil die anhaltend hohen Erlöseinbußen nicht mehr aufgefangen werden können. Allein im Januar 2021 mussten die Kliniken ein Einnahmedefizit von mehr als 370 Millionen Euro hinnehmen. Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichneten sie im stationären Bereich durchschnittliche 21,5 Prozent Erlösausfälle, wie eine Umfrage der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) ergeben hat. Damit verbunden war ein Belegungsrückgang von 21,9 Prozent. Zu dem daraus resultierenden Verlust von rund 307 Millionen Euro allein im ersten Monat des Jahres kommen weitere 63,8 Millionen Euro Einnahmeausfälle im Bereich der ambulanten Leistungen und Wahlleistungen. An der Umfrage haben sich 174 von 345 Krankenhäusern in NRW beteiligt, sie kann deshalb als repräsentativ bewertet werden. „Trotz aller Warnungen verweigert der Bund den Krankenhäusern immer noch eine verlässliche Absicherung für die pandemiebedingten Erlösausfälle. Die vielen Kliniken, die sich unermüdlich als verlässliche Säule im Kampf gegen Corona erweisen, werden mit den wirtschaftlichen Folgen alleine gelassen“, kritisiert Jochen Brink, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen.

In dieser kritischen Lage hat das Bundesgesundheitsministerium nur eine kurzfristige Verlängerung der Corona-Ausgleichszahlungen bis zum 11. April angekündigt. „Diese in einem Verordnungsentwurf enthaltene Regelung führt die meisten Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen aber in eine wirtschaftliche Notlage, statt ihnen über die Pandemie hinweg zu helfen“, betont Brink. Denn die Absicherung helfe angesichts der – erfreulicherweise – gesunkenen Sieben-Tage-Inzidenz nur noch einer immer kleineren Zahl von Krankenhäusern in Regionen mit einem Inzidenzwert von über 70 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner: Aktuell trifft dies für 16 der 53 Kreise und kreisfreien Städte in NRW zu. Das bedeute, dass die Verluste, die bisher noch in wesentlichen Teilen durch Ausgleichszahlungen kompensiert werden konnten, künftig voll auf die einzelnen Häuser durchschlagen.

„Krankenhäuser brauchen jetzt schnell eine verlässliche Zusage“

„Mit immer nur kurzfristigen Ausgleichszahlungen, die ohnehin nur einen Teil der Häuser erreichen, ist die Existenzkrise für viele Kliniken nicht mehr abzuwenden. Die in der Pandemie so entscheidende Daseinsvorsorge gerät sonst selbst durch Corona ins Wanken“, warnt KGNW-Präsident Brink. „Die Krankenhäuser brauchen jetzt schnell eine verlässliche Zusage für einen echten Rettungsschirm für das gesamte Jahr 2021. Denn die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden uns noch sehr lange beschäftigen, eine Normalisierung lässt noch lange auf sich warten.“ Verschobene planbare Eingriffe, die Zurückhaltung von Patientinnen und Patienten, die Erkrankung oder notwendige Quarantäne von

Beschäftigten sowie die erhöhten Hygieneauflagen für die Belegung der Krankenzimmer lassen auch für die kommenden Monate enorme Erlöseinbußen erwarten. Dabei solle ein Ganzjahresausgleich sicherstellen, dass nur reale Verluste ausgeglichen werden.

Gesunkene Belegungszahlen – deutlich höherer Personalaufwand

Brink erinnert daran, dass seit Beginn der COVID-19-Pandemie vor allem die wohnortnahen Krankenhäuser fast 90 Prozent aller stationären Fälle behandelt haben. Ohnehin aber seien alle Kliniken im Land von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen. Denn zu den gesunkenen Belegungszahlen komme der deutlich höhere Personalaufwand auf den Isolierstationen, in der Intensivpflege und darüber hinaus für erweiterte Hygieneschulungen und Hygienemaßnahmen. Das könne kein Haus aus eigener Kraft stemmen. „Wenn es für die nicht mehr zu übersehenden Erlöseinbußen keinen Ausgleich gibt, wird ausgerechnet Corona in Nordrhein-Westfalen schon in naher Zukunft einen gewaltigen Strukturbruch für die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten auslösen“, stellt Brink klar. Schon jetzt blickten viele Häuser in den Abgrund. „Wir erwarten spätestens von der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz eine fundierte Lösung, die einen Ausgleich für die tatsächlich erlittenen Erlösausfälle schafft.“

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen ist der Zusammenschluss der Krankenhausträger und ihrer Spitzenverbände. Sie vertritt rund 345 Krankenhäuser, die mit etwa 272.000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern in NRW zählen.

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen: Referat Politik, PR und Presse, Humboldtstr. 31; 40237 Düsseldorf, Hilmar Riemenschneider (Referatsleiter), Tel.: 0211/47819-70, E-Mail: hriemenschneider@kgnw.de, Gernot Speck (Referent), Tel.: 0211/47819-72, E-Mail: gspeck@kgnw.de, Michael Wacker (Referent), Tel.: 0211/47819-73, E-Mail: mwacker@kgnw.de, Internet : www.kgnw.de, E-Mail: presse@kgnw.de, Fax: 0211/47819-99